

VETSCHAU, ORSBACH, VAALSERQUARTIER, KULLEN, SOERS

Umweltschutz vor Ort: Keine Squash-Halle in der Brunnenstraße!

Die Bezirksvertreter Frau Schäfer und Dr. Sturm machten es in der Sitzung der Bezirksvertretung Laurensberg vom 1.9.1987 für die Sozialdemokraten deutlich: Bürger und Parteien müssen den Bau der Squash-Halle an der Brunnerstraße verhindern. Einstimmig beschloß die Bezirksvertretung die Aufforderung an den Rat der Stadt Aachen, das landschaftlich reizvolle und ökologisch wertvolle Gelände an der Brunnenstraße von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Genau das hatte Ratsherr Bartholomy in Übereinstimmung mit den ca. 1500 Unterstützern der Bürgerinitiative für die Erhaltung des natürlichen Geländes am alten Sportplatz in der Brunnenstraße in seinem Ratsantrag vom 12.8.1987 beantragt (siehe Kasten Seite 2).

Auf seine Anregung fand auch ein Gespräch zwischen den Vertretern der Verwaltung und den Kommunalpolitikern und Bürgern aus Laurensberg statt, bei dem die Verwaltung die Bürger umfassend über den Sachstand und ihre Beurteilung der Situation informierte.

Die Genehmigung - Widersprüche und Unklarheiten

Es ist nicht einfach zu ergründen, wie die Bauvoranfrage auf die Errichtung einer Halle im Jahre 1979 positiv beschieden werden konnte. Einige Ämter sahen frühzeitig die sachlichen und rechtlichen Probleme. Da das Gelände im Außenbereich liegt, mußte § 35 Abs. 2 des Bundesbau-



In dieser Ausgabe:

Ehrung für VfJ Laurensberg Stinkt es zum Himmel?	
Aachens Schulen	
Helft bei der Lehrstellensuche	
Autorennstrecke bei Seffent?	. 5
Jubilarehrung bei Laurensberger SPD.	. 6
Dauerbrenner Schulpolitik	
Empörung in Vaalserquartier	. 8
Aus der Bezirksvertretung	
Das aktuelle Interview	10
Die AWO unterwegs	12
Fotodokumentation Pariser Ring	13
Ende der Philosophischen Fakultät? .	14
Silbenpreisrätsel	14
Landeselternschaft	15
AIDS-Tests am Klinikum	16

gesetzes beachtet werden, der die Zulassung des Antrages daran bindet, daß öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden.

Durch die Lage am Rande des Landschaftsschutzgebietes werden jedoch die natürliche Eigenart der Landschaft und auch der Erholungswert beeinträchtigt. Zeitgleich mit der Lösung eines anderen Umweltproblems, der Verschmutzung des Wildbaches, wurde dann doch die Genehmigung für die Halle erteilt.

Damals war noch von Tennis die Rede und der heutige Eigentümer Babinsky noch

nicht im Geschäft.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion beantragt im Rat der Stadt folgenden Beschluß zu fassen:

 Auf dem Grundstück an der Brunnenstraße in Laurensberg wird weder eine Squash-Halle noch eine andere Bebauung verwirklicht.

 Falls jemand einen Rechtsanspruch auf Bebauung dieses Grundstückes haben sollte, stellt ihm die Stadt ein vergleichbares Grundstück zur Verfügung, auf dem ein entsprechendes Projekt verwirklicht werden kann.

Begründung:

Das Projekt einer Squash-Halle an der Brunnenstraße ist weder mit den ökologischen noch mit den wohnlichen und verkehrlichen Bedingungen in diesem Teil von Laurensberg zu vereinbaren.

Die von der Verwaltung erteilte Genehmigung und ihre jeweiligen Verlängerungen sind aus heutiger Sicht nicht zu vertreten.

Spielt Babinsky Monopoly?

1980 tritt Herr Babinsky in Erscheinung. Er erhält von der Verwaltung eine Baugenehmigung für die Errichtung einer Squash-Halle. Doch das Projekt scheint wirtschaftlich problematisch zu sein.

Bis heute hat der Eigentümer seine Baugenehmigung nicht genutzt, dafür treffen jährlich die freundlich formulierten Anträge auf Verlängerung der' Genehmigung ein.

Mit der gleichen Freundlichkeit und Regelmäßigkeit wird diesen Anträgen vom zuständigen städtischen Amt stattgegeben - wie man hört ein Service, der nicht unbedingt als alltäglich bezeichnet werden kann.

Manchmal wird die Regelmäßigkeit der Anträge auch durch Initiativen gestört, die Nutzung des Grundstückes durch andere oder größere Projekte zu verbessern. Doch zumindest in diesem Punkt bleiben die städtischen Ämter hart.

Fachleute vermuten, daß das genehmigte Projekt nicht "wirtschaftlich" zu betreiben sei und daß sich deswegen bis zum Frühjahr 1987 an der Brunnenstraße nichts getan hat.

Ist Ruhe die erste Bürgerpflicht?

Die Verwaltung hängt auch dieser Hoffnung an und fordert gemeinsam mit Folgerichtig verschleierte die Verwaltung das Problem bei der Beratung des Landschaftsplanes. Die SPD-Fraktion hatte die Darstellung von Konfliktpunkten zwischen dem Landschaftsplanentwurf und

Herrn Bezirksvorsteher Große die Anwoh-

ner zum Stillhalten auf.

schen dem Landschaftsplanentwurf und den alten Festlegungen im Flächennutzungsplan von 1980 beantragt. Gleich zwei Amtsleiter, die Herren Thywissen und Wernerus, beantworteten den Antrag mit der Feststellung, daß solche Konflikte

nicht bestünden.



Das stimmte natürlich, man hatte in den Landschaftsplanentwurf einfach die alten rechtlichen Festlegungen übernommen. Alles andere hätte ja auch den städtischen Haushalt belastet. Im Zweifel entscheidet man sich halt für den Haushalt und gegen die Landschaft.

Bürgerinitiative kämpft für den Erhalt der Landschaft

Einmal mehr führte die Arbeit von Bürgern zu Erfolgen im Umweltschutz. Auch wenn es sich um eine kleine Fläche handelt - der Raubbau an der Landschaft vollzieht sich schrittweise; bleibt Widerstand aus, geht ein Stück Natur nach dem anderen verloren. So findet die gute und engagierte Arbeit der Bürgerinitiative in der Öffentlichkeit breite Unterstützung.

Inzwischen hat der Stadtrat entschieden: Sozialdemokraten, Grüne sowie drei CDU-Vertreter - und damit die Mehrheit - stimmten gegen den Bau der Halle. Doch ist auch weiterhin der Druck der Bevölkerung auf die CDU wichtig.

Deswegen unsere Aufforderung an die Bürger in Laurensberg: Bleiben Sie aktiv!

Ehrung für den VfJ Laurensberg

Es ist schon Tradition geworden: Dieses Jahr zum siebten Mal überreichte Dr. Heinz Sturm, Vorsitzender der Laurensberger SPD, dem VfJ den Fritz-Wurring-Pokal. Die Auszeichnung, von der SPD gestiftet in Erinnerung an ihren ehemaligen Ratsherrn und Fraktionssprecher, wurde im Rahmen der Festwoche des VfJ verliehen und ging diesmal an die Jüngsten. Stolz nahm der siebenjährige Raphael Küff, Mannschaftsführer der F-Jugend, den Pokal und den damit verbundenen Beitrag für die Mannschaftskasse in Empfang.

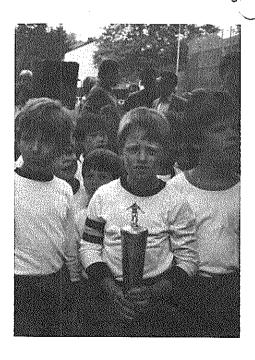
Leistungen des Vereins

Die Vertreter des örtlichen SPD-Vorstands sowie zahlreiche Abgesandte der Vereine brachten ihren Respekt vor den Leistungen des VfJ zum Ausdruck. Dr. Sturm würdigte in seiner Rede die beispielhafte Jugendarbeit des Vereins: Es gibt acht Jugendmannschaften, wobei lediglich die Altersklasse der 12- bis 14jährigen etwas schwach vertreten ist. Wer mitmachen will, ist also - selbstverständlich in allen Altersklassen - herzlich willkommen.

Kontaktadresse

Auch Betreuer für die Jugendmannschaften werden noch gesucht, wie erster Vorsitzender Kirk und Jugendleiter Küff im Gespräch mit dem LAURENSbürger mitteilten; Interessenten wenden sich bitte an Herrn Küff, Tel. 15 31 22.

Die SPD Laurensberg wünscht dem VfJ auch weiterhin alles Gute und viel Erfolg!



Stinkt es zum Himmel?

Besichtigung Heizwerk Nord im Erweiterungsgelände der RWTH Seffent-Mela-

Im vergangenen Mai besichtigte eine ca. Im vergangenen Mai besichtigte eine ca. 30 Personen umfassende Gruppe des SPD-Ortsvereins Laurensberg das Heizwerk Nord. Da die Lage des Heizwerks mit seinem nicht zu übersehenden Kamin zu unserem Wohngebiet gehört, waren wir an einer Besichtigung besonders interessiert. Hauptanliegen dabei war zu erfahren, wie die Schadstoffbelastung für unser Wohngebiet ausgight. ser Wohngebiet aussieht.

Nach einem einleitenden Vortrag von Herrn Ltd. Techn. Direktor Dipl.-Ing. Fried-ich Schäfer über Arbeitsweise und Funk-cion führte dieser uns zusammen mit dem Betriebsleiter des (Heizwerks, Herrn Dr. Ing. Alexander Reinartz, durch die Anla-

Arbeitsweise des Heizwerks Das Heizwerk Nord versorzt die Institute der TH im Erweiterungsgelände und das Klinikum mit Vvärmeer ergie. Die Wärme wird mit Erdga s der STAWAG erzeugt. Die Müllverbrennu ng unter stützt die Wärme-versorgung mit einem Anteil von ca. 5-10%.

In der Müllverbrennungsanlage werden jährlich ca. 16 000 m³ anfallender Haus-müll der RWTH und des Klinikums verbrannt. Der Müll wird in leinem großen Lagerraum gesammelt, der durch Luftschleusen her metisch abgeschlossen der Hauptschulen als Leidtragende und so eine Geruchsbellästigung für die Die Beschlüsse des Rates haben schon im

nungsofen.

Die Abgase werden in einer Elektro-Filter-anlage entstaubt und einer Rauchgaswäsche unterzo gen und gellangen so nahezu die gesetzlichen Bestimmungen mit dem vollständig gereinigt üb er den Kamin in die Atmosphäre.

Aufgrund dieser Gesamtlkonzeption kann das Heizwerk besonders umweltfreund lich arbeiten

Aachens Schulen nach der Beratung des Schulentwicklungsplanes

Nach sorgfältiger Vorarbeit der städtischen Schulverwaltung haben die Parteien des Rates im Juli die Beschlüsse zur zukünftigen Schulstruktur in Aachen gefaßt.Der oberen Schulaufsicht beim Regierungspräsidenten in Köln liegen sie nun zur rechtlichen Prüfung vor. Vernünftigerweise haben die Parteien das Ziel verfolgt, die Probleme der Schulen in Aachen nicht unnötig als Feld billiger Profilierung zu mißbrau-

"Weite Teile der Beschlüsse konnten wir gemeinsam verabschieden, was für den empfindlichen Bereich der Schulen aus unserer Sicht sehr wichtig ist", erklärte der Sprecher der SPD im Schulausschuß, Ratsherr Bartholomy, und ergänzt: "Nur da, wo die CDU mit dem Elternrecht rücksichtslos umging, kam es in der Abstimmung zum Konflikt."

Schülerrückgang schafft Probleme

Auch in Aachen gibt es für die anstehenden Änderungen der Schulstruktur zwei Ursachen:

Die Schülerzahl in den Klassen 6-10 schrumpfte von 1982/83 16515 Schülern auf 1986/87 12 203 Schüler und wird 1991/92 noch ganze 10 606 Schüler betragen.

 Das Schulwahlverhalten der Eltern verändert sich zusätzlich gravierend. Der Anteil der Hauptschüler sinkt für den betrachteten Zeitraum von 36,6 % auf 22,6 %, während die Gymnasien ihren Anteil am "Schülerkuchen" von 38,0 % auf 43,5 % erhöhen werden.

Beide Entwicklungen beruhen auf den autonomen Entscheidungen der Bürger und sind von der Politik zu respektieren. Die Bereitschaft zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse wird von Sozialdemokraten ausdrücklich begrüßt.

Die Zahlen machen deutlich, wo die städtische Schulpolitik zu Reaktionen gezwungen war, wenn sie nicht durch die Entstehung von Minisystemen eine ungerechte Lehrerversorgung, eine Verminderung von Wahlmöglichkeiten und eine unzureichende Fachlehrerversorgung hinnehmen wollte.

Umgebung verhindert.
Eine spezielle automatissche Vorrichtung befördert die infektiösen Abfälle des Klinikums (z.B. Spritzen, Verbände, Watte etc.), verpackt in Spezialkartons, mit Greifarmen in einen gesolnderten Verbrengesten. Nach den Beschlüssen des Rates bleiben von den derzeit 14 Hauptschulen nur 8 erhalten. Dabei haben Rat und Verwaltung Ziel der Erhaltung von Schulen so weit wie möglich ausgelegt. Die Standorte Walheim und Burtscheid werden von der Schulaufsicht in Köln mit sehr kritischen Augen gesehen.

Laurensberg und Richterich besonders betroffen

Durch die Beschlüsse des Rates, die Realschule und die Hauptschule in Laurensberg durch Auslaufen zu schließen, entstand auch für das Anne-Frank-Gymnasium eine kritische Situation. Die Eltern in den genannten Stadtbezirken schicken ihre Kinder zu einem hohen Prozentsatz auf das Gymnasium, so daß die anderen Schulen nicht zu halten sind. Damit ist das große Schulzentrum in vielen Bereichen nicht mehr voll ausgenutzt. Es ist die Pflicht von Politik und Verwaltung, hier nach Lösungen zu suchen.

Konflikt um den Gesamtschulstandort

Für die SPD-Fraktion war es in dieser Situation nicht überraschend, daß die Verwaltung das Schulzentrum als Standort einer Gesamtschule vorschlägt. Nur das Schulzentrum bietet optimale Räumlichkeiten und Außenanlagen, Neuinvestitionen sind bei dem Raumüberhang nicht verantwortbar, die Schließung des Gymnasiums stabilisiert die anderen Gymnasien langfristig - so lauten die Hauptargumente der Verwaltung.

Trotz der guten Arbeit des Anne-Frank-Kollegiums und der Erschwernisse für zukünftige Gymnasiasten aus Laurensberg und Richterich stimmte die SPD im Rat für diesen Vorschlag der Verwaltung.

Ein entscheidendes Motiv dabei war die Tatsache, daß 85 Eltern in Aachen in diesem Schuljahr nicht einmal die Wahl eines unbequemen Standortes hatten, für sie kam das Elternrecht überhaupt nicht zur Geltung. In dieser Abwägung hat sich die SPD-Fraktion für die Maßnahmen entschieden, die sichern können, daß jeder in Aachen die Schulform seiner freien Wahl angeboten bekommt. Ein Grundsatz, den alle Eltern aus eigenem Interesse unterstützen sollten. Wer kann heute sagen, ob nicht in wenigen Jahren die eigene Schulform betroffen ist?

CDU bietet den Eltern Scheinlösungen

Der von der CDU-Mehrheit im Rat durchgesetzte Beschluß, in Laurensberg Gesamtschule und Gymnasium unter einem Dach anzubieten, wäre eine salomonische Lösung, wenn er seriös wäre. Regierungspräsident und Kultusministerium haben der Stadt mitgeteilt, daß eine Gesamtschule ohne Oberstufe nicht genehmigt wird. Selbst wenn sie genehmigungsfähig wäre, würde sie von den Eltern nicht als vollwertige Schule akzeptiert, und die Anmeldungen würden ausbleiben.

Ebenso muß man bei dieser Konstruktion davon ausgehen, daß viele Gymnasialeltern ihre Kinder nicht mehr zum Anne-Frank-Gymnasium anmelden würden. Statt einer Lösung der Schulprobleme in Laurensberg also schulpolitischer Schrekken ohne Ende. Hinzu kommt, daß die vorhandene Gesamtschule in der Sandkaulstraße auch noch um ein Drittel beschnitten werden muß, um die unerträgliche Raumsituation zu mildern.

Hier mußte die SPD-Fraktion die Gemeinsamkeit aufkündigen. Der Vorschlag der CDU löst die sachlichen Probleme der Schulentwicklungsplanung Aachener nicht. Er scheint eher dem Wunsch zu entspringen, die schmerzhaften Seiten der politischen Verantwortung zu umgehen.

Problem Lehrerversorgung

Nachdem im letzten Schuljahr bei der Lehrerversorgung in Laurensberg Probleme aufgetreten sind, ist die Situation auf die Gesamtstadt bezogen noch schwieriger geworden. Rechnerisch gibt es zum Schuljahresbeginn praktisch keinen Überhang mehr. Jeder Ausfall eines Lehrers oder einer Lehrerin führt im Grundschulbereich jedoch zu Unterrichtsausfall. Die Verwaltung hat sich erfolgreich um die Versetzung von Hauptschullehrern an die Grundschule bemüht. Doch die Situation bleibt angespannt. Die SPD-Fraktion wird weiterhin auf die Landesregierung einwirken, Einstellungen auch für den Bereich der Grundschulen vorzunehmen.

Haushaltssperre trifft auch die Schulen Hohe Sozialausgaben durch die Arbeitslosigkeit sowie die Steuerreform auf Kosten der Gemeinden werden sich im nächsten Haushalt der Stadt deutlich auswirken. Notwendige Instandsetzungen in Schulen, Ausstattungen und alle freiwilligen Leistungen der Stadt im Bereich der Schulen sind gefährdet. Die SPD-Fraktion hat die Haushaltssperren des Kämmerers abgelehnt und wird sich auch im nächsten Jahr gegen einen Kahlschlag im Schulbereich stellen.

Lilo Weindl meint: Helft bei der lehrstellensuche!

Jahr für Jahr sind wir aufgefordert, den Jugendlichen bei ihrem ersten Schritt ins Leben der Erwachsenen zu helfen. Wenn die Schulanfänger mit ihrem farbenfrohen Zubehör auf die Schulgebäude zumarschieren, treten gleichzeitig Tausende von Jungen und Mädchen ins Arbeits- und Berufsleben ein. Daß dies heute meistens nicht ganz problemlos erfolgt, ist allgemein bekannt. Von allen Beteiligten wird deshalb Verständnis, Einfühlungsvermögen und Hilfsbereitschaft verlangt, damit den Jugendlichen der Weg in diesen neuen Lebensabschnitt auch wirklich gelingt.

Kirche und Jugendarbeitslosigkeit

Schon in jungen Jahren ohne Arbeit zu sein ist wohl das Einschneidendste, das passieren kann. Nicht umsonst sind Kirchen so besorgt und rufen nach mehr Solidarität. Ja, die EKD spricht sogar davon, daß die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren nur ein Provisorium gewesen seien. Und auch Papst Johannes Paul II. erklärte am 2. Mai dieses Jahres in Bottrop, daß Arbeit für alle Menschen da sein müsse und unverschuldete Arbeitslosigkeit ein gesellschaftlicher Skandal sei.



Die Berufswahl ist schwierig

Nach allgemeiner Ansicht soll die Familie ja immer noch der beste Ratgeber bei der Berufswahl sein. Wie ist dies aber überhaupt noch möglich bei den vielen verwirrenden und sich widersprechenden Zeitungs- und Rundfunkmeldungen? Da liest man am Montag: "...tausende Lehrstellen noch offen", und am Dienstag heißt es im Rundfunk: "...gute Plätze sind selten". Für die Lehre in der Ferne wird geworben und man müsse umdenkenlernen.Daß ein Jugendlicher seinen angestrebten "Traumberuf" meist nicht mehr findet, ist hinreichend bekannt. Trotzdem aber muß es nicht so sein, daß ausgerechnet ein Beruf gewählt wird, der unmittelbar nach dem Lehrabschluß in die Arbeitslosigkeit Noch intensivere Bemühungen sind

Dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in ihren verschiedenen Formen - Jugendliche ohne Arbeit oder Lehrstelle, Jugendliche ohne Arbeit nach der Lehre, arbeitslose Jungakademiker - ist noch weit mehr Beachtung zu schenken, als dies bisher geschah. Es hilft wenig, diese harte Wirklichkeit einer wachsenden Minderheit mit statistischen Mitteln zu verdrängen. Und es reicht allmählich auch nicht mehr aus, wenn man sagt: Schulen, Arbeitsverwaltung, Industrie und Handwerk müssen gemeinsam versuchen, noch mehr zu tun. Vielmehr sind der Bund und die Länder gefordert, die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen für eine wesentliche Zunahme der Arbeitsplätze.

Wir haben verwaiste Schulgebäude, arbeitslose Lehrer, freie Produktionskapazitäten, einen teuren Überschuß an Agrarprodukten und eine Republik, die, im ganzen gesehen, auch nicht arm ist. Woran liegt es also? Und worauf wird noch gewartet? Ich meine, daß wir uns auf die Dauer nicht leisten können, jährlich eine zunehmende Zahl von Jugendlichen ins soziale Abseits zu drängen. Schließlich wissen wir alle, die im Berufsleben stehen oder standen, wie prägend Lehrzeit und erste Berufsjahre für das ganze Leben sind.

Autorennstrecke auf der Seffenter Höhe?

Am 24. August fiel der Startschuß zum Bau der Kfz-Teststrecke auf der Seffenter Höhe. Mancher Leser dieser Zeitungsmeldung wird sofort an die von Mercedes in Baden-Württemberg geplante, heftig umstrittene und schließlich gerichtlich mit einem Bauverbot belegte Teststrecke gedacht und befürchtet haben, daß eine ähnliche Anlage bei uns nun ohne viel Aufhebens realisiert wird. Seien Sie beruhigt, beide Projekte sind absolut nicht miteinander zu vergleichen. So

hat z.B. auch der Landschaftsbeirat dem Bauvorhaben zugestimmt.

Worum handelt es sich eigentlich?

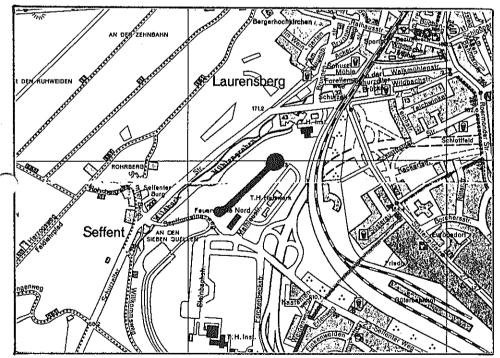
Die insgesamt 500 Meter lange Teststrekke besteht aus einer 15 Meter breiten Geraden, an deren einem Ende sich ein Kreis yon 100 Metern Durchmesser befindet. Sie liegt auf einem 68 000 m² großen Gelände im Erweiterungsgebiet Seffent-Melaten der TH, nördlich von Heizwerk/ Müllverbrennungsanlage der TH und Feuerwache Nord, angrenzend an ein Landschaftsschutzgebiet. Innerhalb dieses Areals werden etwa 13 000 m² für Teststrecke und Zufahrt versiegelt.

keine Lärmbeeinträchtigungen möglich. Hinzu kommt, daß die Häufigkeit der - ausschließlich wissenschaftlichem Be-

Landschaftsschutz

Der Verfasser eines "Landschaftspflegerischen Begleitplans" (Januar 1987) bezeichnet das heutige Gelände als eine ausgeräumte, intensiv landwirtschaftlich ge-

trieb dienenden - Testfahrten gering ist: fünf Fahrten pro Stunde über einen Zeitraum von sieben Stunden tagsüber.



Die Versuchsanlage ist relativ weit entfernt von den nächsten Wohngebieten. So beträgt der Abstand zum Randbereich von Laurensberg (Schurzelter Mühle) 450 Meter, nach Seffent 400 Meter. Carüberhinaus kommt die Teststrecke tiefer zu liegen als die heutige Geländeoberfläche, die dabei entstehenden Böschungen und Wälle werden bepflanzt. Auf diese Weise sind laut einem Lärmschutzgutachten

nutzte Fläche (Gefährdung des Wildbachs durch Düngung, Pestizide, Gülle). Seiner Ansicht nach bedeuten die zukünftige landschaftsgerechte Erdmodellierung, die Bepflanzung der Böschungen mit bo-denständigen Gehölzen und die Anlage von Trockenrasenflächen (eine für den hier anstehenden wasserdurchlässigen Kalkboden typische Vegetation) eine Bereicherung für die landschaftliche Vielfalt, für die Vogel- und Kleintierwelt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß "das Landschaftsschutzgebiet insgesamt eine Wertsteigerung erfährt".

Die RWTH, Aachens Stolz

Schließlich sei noch auf die Art der hier betriebenen Forschung hingewiesen: Es geht u.a. um das Thema alternative Antriebsenergie, darum, wie die Sicherheit der Automobile erhöht, der Energiebedarf verringert, Fahrzeuglärm vermindert werden kann. Die Forschungsmöglichkeiten des Instituts für Kraftfahrzeugwesen werden durch die geplante Teststrecke entscheidend verbessert.

Die RWTH ist eine Hochschule, deren Leistungen international Anerkennung finden, Aachen ist - mit Recht - stolz auf seine TH. Diese sollte dann ihrerseits auch Entgegenkommen erwarten dürfen, wenn sie Flächen für ihre Forschungszwecke benötigt, zumal in dem für sie reservierten Erweiterungsgebiet.

Alle diese · wie wir finden guten · Gründe haben die Aachener SPD bewogen, dem Bau der Teststrecke zuzustimmen.

Kompost-Container -

Termine und Standorte

Laurensberg:

Dienstag 16 - 18 Uhr

Laurentiusstraße/Rathaus-Parkplatz

straße

Westfriedhof (Kullen):

Freitag 16 - 18 Uhr

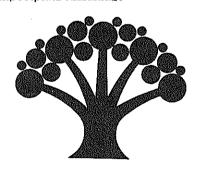
Friedhofparkplatz Vaalser Straße

Orsbach:

Samstag 14 - 16 Uhr

Schulhof

Samstag 14 - 16 Uhr Kompostplatz Kläranlage



Seit kurzem können Sie an den Sammelstellen nicht nur Ihre pflanzlichen Gartenreste abgeben, sondern auch "Aachener Humuskompost" kaufen: Dieser aus den Aachener Gartenabfällen durch Kompostierung gewonnene hochwertige Naturdünger wird in 50-Liter-Plastiksäcken für 7,50 DM angeboten. Hinzukommen 2,50 DM Pfand, die Sie nach Rückgabe des Plastiksacks wieder zurückerhalten.

Jubilarehrung bei der Laurensberger SPD

Im Wonnemonat Mai war die Ortsvereinsversammlung der SPD ganz der Ehrung dreier altgedienter Mitglieder gewidmet. Nachdem die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Rinke über Aktuelles aus der Bezirksvertretung berichtet hatte, konnte Bürgermeister Dr. Jürgen Linden zur Tat schreiten.

Laudatio auf Peter Hanl und Käthe Mössinger

Zunächst wurde Peter Hanl für 25jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. In seiner Laudatio hob der Bürgermeister die Verdienste des Jubilars hervor, der seit vielen Jahren Aachener Sozialdezernent ist.

Auch für "Käthchen" Mössinger, die - laut Parteibuch ebenfalls seit 25 Jahren, in Wirklichkeit jedoch schon viel länger - eher im stillen für die SPD wirkt, fand Jürgen Linden warme Dankesworte. Ungezählt sind die Plakate, die Käthchen in einer eigens dafür abgestellten "Klebehose" anbrachte, ungezählt auch die Stufen, die sie hinauf- und herunterstieg, um die Mitgliederbeiträge zu kassieren.

Mann, für den ein Leben ohne Politik nicht vorstellbar ist, ließ aber auch schwere Zeiten wieder aufleben, als es noch lebensgefährlich war, für die Sozialdemokratie zu arbeiten.

Unter dem Beifall der Anwesenden wurden die Präsente überreicht, von denen ein prächtiges Margeritenbäumchen besonders ins Auge fiel.

Ereignisse der Vergangenheit aus erster Hand

Zum Höhepunkt des Abends geriet die Rede Karl Mössingers. Aus dem Stegreif gab er manche lustige oder auch schlimme Begebenheit aus seinem ereignisreichen Leben zum besten. Besonders aufschlußreich waren seine Schilderungen für einige junge Neumitglieder, die an diesem Abend zum ersten Mal an einer Ortsvereinsversammlung teilnahmen. Damals, unter dem Hitler-Regime, mußte unter schwierigsten Bedingungen im Untergrund gearbeitet werden. Der gelernte Schriftsetzer, der bei der SPD—Zeitung "Freie Presse" gearbeitet hatte, bis die



Unser Foto zeigt von links nach rechts: Dr. Jürgen Linden, Peter Hanl, Käthe Mössinger, Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Heinz Sturm, Karl Mössinger

60 Jahre Sozialdemokrat: Karl Mössinger

Unentbehrlich war ihre Hilfe auch ihrem vielbeschäftigten Mann Karl Mössinger, dem dritten Jubilar im Bunde, der seit sage und schreibe 60 Jahren aktives SPD-Mitglied ist. Jürgen Linden charakterisierte ihn mit launigen Worten als einen

Druckerei geschlossen und er arbeitslos wurde, schloß sich den belgischen Sozialdemokraten an. Fortan wurden die Zeitungen und Flugblätter, die in Deutschland abgesetzt werden sollten, in Belgien gedruckt, doch auch hier kamen die Nazis ihm auf die Spur. Um einer Verhaftung zu entgehen, tauchte er bei Verwandten im Saarland unter.

Stimmungsvoller Abend

Waren viele seiner Lebenserinnerungen eher bedrückend, so kam doch auch der Humor nicht zu kurz. Wenn der Jubilar mit blitzenden Augen von den Prügeleien erzählte, die sich die Aachener Sozialdemokraten regelmäßig mit den Kommunisten im Seilgraben lieferten, konnte keiner ernst bleiben.

Zum Schluß waren sich alle Teilnehmer der Versammlung darin einig, einen bewegenden Abend erlebt zu haben, der in ähnlicher Form künftig öfter stattfinden sollte

Dauerbrenner Schulpolitik



Schüler demonstrieren gegen eine neue Oberstufenreform - Lehrer demonstrieren gegen Zwangsversetzungen - Studenten demonstrieren gegen den Abbau von Studiengängen - Eltern klagen vor Gericht auf Aufnahme ihrer Kinder in die Gesamtschule - Schulstreit in Aachen: das waren Schlagzeilen der letzten Monate.

Um das eine oder andere Thema ist es inzwischen etwas stiller geworden, aber endgültig "vom Tisch" ist noch keines.

Änderungen in Schule und Hochschu ... len

Es herrscht Unruhe im Land, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, wo vor allem wegen der knappen Finanzmittel der Rotstift angesetzt werden muß, sondern auch bei den Schul- und Finanzexperten der übrigen Bundesländer; denn der Rückgang der Schülerzahlen macht sich überall bemerkbar. Diesem Schülerzahlenrückgang, der nun schon in der Mittelstufe spürbar ist, wird in den neunziger Jahren ein Rückgang der Studentenzahlen folgen. Es wird zu viele Lehrer bzw. Hochschullehrer für zu wenig Schüler und Studenten geben. Also ist das Gebot der Stunde: Lehrer und Hochschullehrer "einzusparen", zumindest aber keine neuen Kapazitäten zu schaffen.

Ein erster Schritt dazu ist eine Reform der Oberstufenreform: Werden wenige Fächer zur Wahl angeboten, d.h. mehr Fächer als bisher verpflichtend sein, werden die Schülergruppen in diesen Fächern zwar größer werden, aber man braucht insgesamt weniger Lehrer. Im Hochschulbe-

reich konzentriert man einzelne Studiengänge auf bestimmte Universitäten - das bedeutet, daß nicht für alle Fachbereiche in allen Hochschulen Räume und Professoren zur Verfügung gestellt werden müssen, was ebenfalls eine Einsparung bringt.

Für und wider die Reform

Die geplante neue Oberstufenreform würde eine teilweise Zurücknahme der Reform von 1972 bedeuten; sie ist eine Reaktion auf die Reform. Um diese Reaktion zu "begründen", werden Kriterien angeführt wie "ungenügende Kenntnisse der deutschen Sprache bei Abiturienten" und "ein zum Teil katastrophal niedriges Niveau der Absolventen der neugestalteten gymnasialen Oberstufe" (Jürgen Möllemann). Derartige Klagen hört man häufig - nicht nur von Politikern. Auch wird von den "neuen Abiturienten" gesagt, sie seien "weniger studierfähig" als ihre Vorgänger, also die neue Oberstufe würde schlechter auf das Studium vorbereiten als die frünere. - Es gibt andererseits auch Untersuchungsergebnisse, die besagen, "daß sich mit der Einführung der reformierten gymnasialen Oberstufe keine gravierenden Veränderungen in der allgemeinen Hochschulreife feststellen lassen" (Josef Hit-Erziehungswissenschaftler, sprünglicher Gegner der Oberstufenreform).

Auch stellt sich die Frage, ob das beklagte Absinken des Niveaus wirklich eine Folge der neuen Oberstufe ist, oder ob nicht andere Ursachen dafür verantwortlich sind: etwa das Vermitteln "falscher" Lerninhalte bzw. das Nichtvermitteln von Arbeitsund Lerntechniken in der Unter- und Mittelstufe oder aber die fehlende Möglichkeit des Einübens und Vertiefens des Gelernten. Alles Dinge, die für Schüler und spätere Studenten wichtig sind.

SPD · Informationsveranstaltung

Zu diesen aktuellen Fragen der Schul- und Hochschulpolitik hat der Crtsverein der SPD in Laurensberg einen Informationsabend veranstaltet, und zwar am 26. Juni. Als Referenten bzw. Diskussionspartner standen 10 zur Verfügung: der Landtagsabgeordnete Karl Schultheis, Mitglied des Wissenschaftsausschusses und selbst Lehrer; Oberstudienrat Jürgen Bartholomy, Lehrer an der Kollegschule in Köln; der Physiker Hartwig Schaal und Christina Poss, Schülerin am Euregio-Kolleg.

Die zunächst festgelegten Themen

Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfa-

len und

Oberstufenreform

wurden erweitert um das zu dieser Zeit aktuelle Thema "Zwangsversetzung von Lehrern". Karl Schultheis klärte über die Hintergründe auf, die zu dieser Maßnahme geführt haben, sprach sich aber gleichzeitig gegen ihre Durchführung aus. Er plädierte für eine Neueinstellung von Lehrern in den "unterversorgten" Gebieten, auch wenn dies mehr Geld kosten würde als die Versetzung.

Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen / RWTH Aachen

Wie Karl Schultheis weiter ausführte, soll auch bei den Hochschulen gespart werden. Das wird vor allem auch Folgen haben für die RWTH Aachen.

Über die PLäne in dieser Richtung und über den aktuellen Stand der Gespräche erfahren Sie mehr aus unserem Artikel "TH Aachen: Kommt das Ende der Philosophischen Fakultät?" auf Seite 14.



Die Anderung der Oberstufenreform

Anschließend sprach der Landtagsabgeordnete über die Pläne zur Neugestaltung der Oberstufe.

Schon seit längerem wird über eine Änderung der im Juli 1972 von den Kultusministern beschlossenen Reform der gymnasialen Oberstufe beraten. Drei Einigungsversuche sind gescheitert; im Juni, als sich eine Einigung abzuzeichnen begann, wurden die Gespräche vertagt. Im September sollen sie wieder aufgenommen werden - nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Bremen; denn vor Wahlen werden nicht gerne Kompromisse geschlossen. Und darauf wird es wohl hinauslaufen.

Fächerkombination in der Oberstufe

Bei den Verhandlungen geht es um zwei Schwerpunkte: einmal um die Änderung des Fächerwahlverfahrens und die Gewichtung der Kursbeurteilungen, zum anderen um die bundesweite Anerkennung des nordrhein-westfälischen Kollegschulabiturs. Die Fächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache sollen - nach den Vorstellungen der Unionsminister - von jedem Gymnasiasten durchgängig bis zum Abitur Pflicht werden; zwei von den drei Fächern sind bereits in allen Bundesländern außer in Hamburg verpflichtend. Wenn sich die Hansestadt dieser (Zwei-Fächer-)Regelung anschließt, könnte unter Umständen in dieser Frage eine Einigung erzielt werden. Außerdem sollen die Schüler in der Oberstufe nicht mehr auf eine Naturwissenschaft festgelegt werden, sondern zwei Fächer dieser Richtung kombinieren können (Vorschlag der SPD-Minister).

Wahl der Abiturfächer

Die bisherige Möglichkeit, die vier Abiturfächer (unter Berücksichtigung der drei "Aufgabenfelder") frei zu wählen, soll auf Wunsch der CDU/CSU-Minister dahingehend geändert werden, daß nur noch zwei Fächer frei gewählt werden dürfen, bei den beiden anderen bestünde nur noch die Wahlmöglichkeit zwischen Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache. Der Vorschlag, ein Hauptfach für die Abiturprüfung verpflichtend vorzuschreiben, gilt einigen Unionsministern als zu liberal. Ihre Forderung war es auch, daß die Gewichtung der Grund- und Leistungskurse nicht mehr wie jetzt 1:3 sein soll, sondern nur noch 1 : 2. Ďas bedeutet, daß die Schüler mehr Arbeit für die Grundkurse aufwenden müssen als bisher und weniger Zeit zur Verfügung haben, sich auf die Leistungskurse vorzubereiten.

Die Tendenz der Kultusminister der unionsregierten Länder ist deutlich erkennbar: sie wollen die Reform zurückdrehen, und sie sind mit den Einschränkungen, die sie in den letzten Jahren bereits durchgesetzt haben, nicht mehr zufrieden. Das "Einheitsabitur" wird angestrebt.

Das Kollegschulmodell





Ein weiterer Dorn im Auge ist den Unionsministern die Kollegschule in Nordrhein-Westfalen, vor allem aber die Tatsache, daß dort ein - tatsächlich sehr kleiner - Teil der Schüler in drei Jahren neben einer Berufsausbildung auch noch das Abitur erwerben kann. Von "Discountschule" und "Billigabitur" ist da die Rede, wobei nicht berücksichtigt wird, daß die Anforderungen zur Erlangung der Hochschulreife in den Kollegschulen die gleichen sind wie an jedem Gymnasium des Landes.

Jürgen Bartholomy, Lehrer an der Kollegschule in Köln, erläuterte zunächst den Begriff Kollegschule, deren Ausbildungsziele und - möglichkeiten und gab dann einen Überblick über die Streitpunkte zwi-

schen den einzelnen Ländern.

Die Kollegschulen (nicht zu verwechseln mit den Kollegs, Schulen für Erwachsene zur Erlangung des Abiturs) wurden vor zehn Jahren in NRW gegründet mit dem Ziel, die Trennung zu überwinden, die zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Bildung besteht. Den Kollegschülern wird ermöglicht, die jeweils nächsthöhere

allgemeinbildende Qualifikation (u.a. auch das Abitur) zu erreichen und gleichzeitig eine berufliche Ausbildung zu erhalten. Die Kollegschulen sind - mit einer Ausnahme - hervorgegangen aus berufsbildenden Schulen; es gibt derzeit 24 in Nordrhein-Westfalen. Sie sind vergleichbar mit Berufsfachschulen in anderen Bundesländern.

Das Kollegschulmodell zieht die Konsequenzen aus den modernen Verhältnissen: berufliche Qualifikation, v.a. in technischen Fächern, setzt immer mehr Kenntnisse in Mathematik und Physik voraus. Diese Kenntnisse wiederum gehören zur "Allgemeinbildung". Deshalb wird der Versuch gemacht, das in diesen Fächern von den Schülern bereits erworbene Wissen aufzugreifen und weiter auszubauen, und zwar mehr als das in der üblichen Lehrlingsausbildung möglich ist. Die dreijährige Schulzeit gliedert sich etwa im Verhältnis 2 : 1 in die Vermittlung beruflich-technischer und schulisch-allgemeinbildender Kenntnisse.

Abitur an Kollegschulen

Von den Schulabgängern, die beispielsweise zum "Elektrotechnischen Assistenten" ausgebildet worden sind, hat nur eine kleine Gruppe auch gleichzeitig das Abitur erworben. An der Kölner Kollegschule waren das im Jahr 1986 nur 23, im Jahr 1987 nur 22 von insgesamt über 700 Entlaßschülern. Im Vergleich dazu nimmt sich die Zahl der Aachener Abiturienten mit 953 (1986) geradezu gigantisch aus. Umso unverständlicher ist die Verteufelung des Kollegschul-Abiturs durch die Vertreter der unionsregierten Länder.

Um den seit Jahren andauernden Streit zu beenden, soll nun die Schulzeit an den Kollegschulen um ein Jahr verlängert werden. Die Meinungen gehen aber noch insoweit auseinander, als die Gegner der Kollegschule auf einer "additiven" Lösung bestehen (drei Jahre Schule, ein Jahr Berufsausbildung), während Hans Schwier nur eine "integrative" Lösung akzeptieren würde, bei der berufliche und gymnasiale Ausbildung miteinander verbunden werden. Nur diese Lösung entspricht der Kernidee der Kollegschule.

Inzwischen hat sich der Kultusminister auf folgenden Kompromiß geeinigt: In der gymnasialen Oberstufe müssen künftig zwei Fächer der Gruppe Deutsch-Mathematik-Fremdsprache durchgehend belegt werden (keine Änderung für NRW); Geschichte muß für mindestens zwei Semester gewählt werden. Außerdem muß bundesweit die Gewichtungsregelung für die Abiturnote verändert werden.

Die Bildungsgänge der Kollegschulen und das dort erworbene Abitur werden in allen Bundesländern anerkannt, die Schulzeit an den Kollegschulen wird jedoch um ein Jahr verlängert. Insgesamt bedeutet diese Neuregelung eine Verschärfung der Anforderungen, eine Zurücknahme der Reform ist aber nicht erfolgt.

Empörung in Vaalserquartier

Pünktlich zahlen und anschließend dafür bestraft werden - darf die Stadt Aachen so mit ihren Bürgern umgehen?

Erschließungsbeiträge für Spielplatz Im Mittelfeld

Nach einer jetzt in Kraft getretenen Gesetzesänderung werden keine Erschließungsbeiträge für Kinderspielplätze mit Nutzen für die Allgemeinheit mehr erhoben. Wer trotz Heranziehungsbescheid bisher noch nicht gezahlt hat, ist fein heraus: er kann sein Geld auch weiterhin behalten. Die Mehrheit aber, die aufgrund eines rechtswirksamen Bescheids für den Spielplatz Im Mittelfeld brav ihren Obulus entrichtet hat, soll leer ausgehen, weil die Verwaltung der Auffassung ist, daß in solchen Fällen eine Rückerstattung nicht möglich ist.

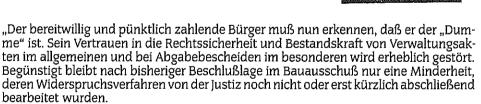
Antrag der SPD

"Die SPD sieht hierin den Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt", schreibt die Stadtratsfraktion der SPD in der Begründung zu ihrem Antrag (Wortlaut s. Kasten).

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluß zu fassen:

Die bisher gemäß § 127 BBauG erhobenen Erschließungsbeiträge, auch für Kinderspielplätze mit einem Einzugsbereich von 500 und mehr Metern, d. h. von Spielplätzen mit einem der Allgemeinheit zugute kommenden Nutzen, werden im Rahmen einer Billigkeitsregelung infolge des geänderten Baugesetzbuches allen Beitragszahlern zurückerstattet. Noch nicht rechtswirksam gewordene Heranziehungsbescheide werden aufgehoben. Diese Regelung findet ihre Anwendung bei den Spielplätzen in den Atzenbenden, Hofenbornstr., Lindenstr., Köhlstr. und Im Mittelfeld.



Eine solche Ungleichbehandlung von Beitragszahlern dürfte erneut zu verständlichen Protesten und ggf. Prozessen führen. Eine politisch und rechtlich völlig unbefriedigende Situation

Um das Vertrauen in die Rechtssicherheit und Bestandskraft zukünftiger Beitragsbescheide der Stadt Aachen zu gewährleisten, sollte der Rat allen Anliegern der oben genannten Spielplätze die bereits gezahlten Beiträge zurückerstatten."

Nachdem der Antrag der SPD zunächst vertagt worden war, lehnte die CDU-Mehrheit ihn in der letzten Sitzung des Bauausschusses endgültig ab mit der Begründung, die Rechtslage sei eindeutig, die bereits gezahlten Beiträge könnten nicht erstattet werden. Dennoch wurde die Verwaltung beauftragt, weiter nach Möglichkeiten zu suchen, den Betroffenen zu helfen, und dem Ausschuß alle drei Monate Bericht zu erstatten. Schizophrenie? Schlechtes Gewissen? Angst vor dem Bürgerzom? - Fragen Sie die CDU! Schreiben Sie an die CDU-Ratsherren Nottebaum und Große, damit Sie Ihr Geld wiederbekommen!

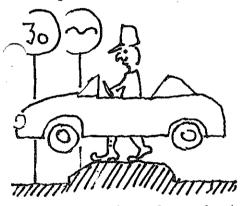


Aus der Bezirksvertretung



Verkehrsberuhigung in der Schloßparkstraße

Auf Initiative der Laurensberger SPD-Fraktion hat in der Januarsitzung der Bezirksvertretung die Stadtverwaltung Pläne zur Verkehrsberuhigung der Schloßparkstraße vorgestellt. Vorgesehen ist im wesentlichen, die Straße zwischen Tittardsfeld und der Schloßweiherstraße durch Parkstreifen mit Bäumen sowie im restlichen Abschnitt durch einzelne Bäume einzuengen.



Aufpflasterungen der Straßen wurden abgelehnt. Stattdessen sollen zwischen Bahndamm und Schloßweiherstraße drei Schwellen aus Hartgummi angebracht werden. Sie sollen die Autofahrer zwingen, Tempo 30 einzuhalten.

Durchlässe, die auf die Spurbreite der Busse zugeschnitten sind, sorgen dafür, daß diese die Hindernisse problemlos passieren können.

Die Schwellen sind preiswert und schnell Inzubringen. Mit diesem Beschluß wird den Wünschen der Bevölkerung, die sich an den Beratungen rege beteiligte, entsprochen.

Der Verkehrsplanungs- und Sicherheitsausschuß beschloß in seiner Sitzung am 11.06.1987 bauliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie deren Ausführungsreihenfolge entsprechend der Empfehlung der Bezirksvertretung Laurensberg vom 5.5.1987.

Bei den vorgesehenen Baumaßnahmen handelt es sich um folgende Arbeiten:

1.) In der Schloßparkstraße soll im Bereich der Einmündung Adele-Weidtmann-Straße der Gehweg vorgezogen werden, so daß auf dieser Fläche ein von den Bewohnern des Altenheimes dringend gewünschter Fangastunterstand aufgestellt werden kann.

Gleichzeitig werden zwei Baumfelder und "Am alten Bahndamm" eine Querungshilfe errichtet. Die Kosten werden auf 25.000, – DM geschätzt. 2.) Im Bereich zwischen der Straße "Am Bahndamm" und der Adele-Weidtmann-Straße sollen in einem versetzt angeordneten Parkstreifen Baumfelder hergestellt und der Gehweg an zwei Stellen vorgezogen werden, so daß eine weitere Verengung der Schloßparkstraße erfolgt.

Die Kosten dieser Arbeiten werden auf rd. 48.000,-- DM veranschlagt.

Amtliche Meßergebnisse: Wird Tempo 30 eingehalten?

Einer kürzlich veröffentlichten Studie ist zu entnehmen:

Im Gebiet Laurensberg - Brunnenstraße wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 80-90% der Autofahrer überschritten; das mittlere Geschwindigkeitsniveau liegt bei 36-40 km/h. Auf der Schurzelter Straße fahren 50% aller Fahrer durchschnittlich 42 km/h.

Am schlechtesten sind die Meßergebnisse aus dem Gebiet **Laurensberg - Schloß-parkstraße** - 85-90% Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. 50% aller Fahrer sind sogar schneller als 38-41 km/h. Jedoch konnte das Geschwindigkeitsniveau gegenüber der Zeit, in der höchstens 50 km/h gefahren werden durfte, um 5 km/h gesenkt werden

Nur im Wohngebiet **Steppenberg** ergibt sich ein anderes Bild. Hier fahren viele Autofahrer sogar langsamer als die zulässigen 50 km/h. Die Akzeptanz ist bei nur 8% Überschreitungen äußerst gut.

SCHON SCHOOL SCH

Feuchtbiotop Rabentalweg wird ver-

Das Feuchtbiotop am Rabentalweg wird auf Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung um fünf Hektar angrenzendes Gebiet vergrößert. Bis zur endgültigen Umgestaltung wird die Fläche jedoch noch landwirtschaftlich genutzt.

Fußweg zur Vaalser Straße

Die SPD hatte beantragt, von der Vaalser Straße entlang der Straße zum Supermarkt einen Fußweg anzulegen, der auch den Grundschülern zugute kommen sollte. Die Stadtverwaltung griff diesen Antrag auf und legte einen Plan für einen drei Meter breiten Gehweg vor, der auf beiden Seiten von Bäumen flankiert sein sollte. Mit ihrer Mehrheit stellte die CDU diesen Antrag gegen die Stimmen von SPD und Grünen zurück.

Orsbacher Wald - SPD fordert die vom Landgericht bestätigten Rechte der Orsbacher an ihrem Wald

Für den Orsbacher Wald gibt es einen Wirtschaftsplan. Er ist Bestandteil des Rezesses von 1904. Dieser Rezeß wird in einem Urteil des Landgerichtes von 1984 erwähnt als die Maßgabe, nach der die Orsbacher Bürger ihre Rechte ausüben konnten.



Die SPD war und ist für eine rechtlich einwandfreie Lösung, was bedeutet hätte, alles beim alten zu belassen und keinen neuen Wirtschaftsplan verlangen zu wollen. Alle Berechtigten hätten ihre Nutzen wie bisher, und keiner könnte vor Gericht klagen.

Der Naturschutz hätte die einzigartige Möglichkeit, einen Wald zu schützen, der seit langer Zeit gleich geblieben ist. Mit den Stimmen der CDU hob die Bezirksvertretung ihren anderslautenden Beschluß gegen SPD und Grüne auf und widersprach damit auch der Empfehlung des Landschaftsbeirates.

Jugendtreff auf der Hollandwiese wurde gestrichen

Seit 1985 ist er bereits im Gespräch: der Jugendtreff auf der Hollandwiese.

Eine erste Konzeption, die den Bau des Jugendtreffs am Rande des Wohngebiets vorsah, erregte den Unmut der Anwohner, so daß dieser Plan aufgegeben wurde

Ein neues, zusammen mit den Anwohnern geplantes Konzept sah den Bau des Jugendtreffs an der Peripherie der Wiese vor. Dies war der dringlichste Wunsch der Jugendlichen. Dieser Vorschlag wurde von der CDU niedergestimmt, es wird keinen Jugendtreff an der Hollandwiese geben.

Dazu der Kommentar von Inge Kerschgens:

In diesem Beschluß zeigte die Laurensberger CDU mal wieder ihr wahres Gesicht: Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen junger Menschen.

Die in vielen Fensterreden und vor allem in Wahlkämpfen so umworbene Jugend wurde ohne großen Kommentar einfach von der Hollandwiese gestrichen.

Wer wundert sich angesichts solchen Vorgehens noch über eine "Null-Bock-Generation"! Die Jugendlichen hätten sich mit bereitgestelltem Material auch selbst am Bau beteiligt, aber Initiative ist bei der CDU offensichtlich nicht erwünscht. Es bleibt festzuhalten, daß das Vertrauen der Jugendlichen in diese Volksvertreter ein weiteres Mal enttäuscht wurde.

Prioritätenliste

Wenig Einigkeit zeigten die Bezirksvertreter beim Erstellen einer Prioritätenliste für die baulichen Maßnahmen (Ausbesserungen, Reparaturen) von Gehwegen und Straßen.

Ausschließlich die CDU stimmte für eine Reihenfolge der Ausbesserungen "Straßen vor Gehwege", oder anders ausgedrückt: Autos vor Fußgänger.

Land Nordrhein Westfalen ermöglicht Ausbau des Rasenplatzes in Orsbach als Tennenspielfeld

Die bisherige "Wiese" wird nun den Richtlinien entsprechend als Sportplatz ausgebaut, wobei auch das bisher erhebliche Gefälle von 1,75 m in der Längsachse von Süd-Osten nach Nord-Westen erheblich reduziert wird. Zu dieser Maßnahme gewährt der Regierungspräsident Köln Franz-Josef Antwerpes einen Zuschuß von 154.258,-- DM. Die notwendigen Beschlüsse des Sportausschusses (01.08.1985) und der Bezirksvertretung Laurensberg (29.10.1985) liegen auch vor. Darüberhinaus hat auch der Landschaftsbeirat dem Bauvorhaben in seiner Sitzung vom 23.06.1986 zugestimmt. Also, los geht's!

Das aktuelle Interview

Kullen · Neubaugebiet in landschaftlich reizvoller Lage oder Problemviertel mit hoher Kriminalitätsrate? Schlagzeilen hat es immer wieder gegeben, und oft war darin die Rede von Verwüstungen, Diebstählen, Einbrüchen und zunehmender Unruhe unter den Bewohnern des Viertels.

Was ist dran an solchen Berichten? Der LAURENSbürger sprach mit dem evangelischen Pfarrer Ernst Toenges, der dieses Gebiet betreut und die Probleme mit großem Engagement und Idealismus angepackt hat.



LAURENSbürger: Herr Pfarrer, ist die Lage in Kullen tatsächlich so dramatisch, wie es den Anschein hat?

Toenges: In diesem Jahr hat sich die Situation entspannt, aber es hat in der Tat Zeiten gegeben, da die Anwesenheit der Polizei sehr gefragt war. Insbesondere Jugendliche ließen gelegentlich ihren Aggressionen freien Lauf.

LAURENSbürger: Wie äußerte sich das? Toenges: Was mich besonders erschreckt hat waren die Aktivitäten einer Art Gang, die sich gebildet hatte. Diese Jugendlichen richteten Kinder, die ja noch nicht straffähig sind, regelrecht dazu ab, in Autos einzubrechen und Radios zu stehlenauf dem riesigen Parkplatz vor dem Klinikum, wo täglich mehrere tausend Autos stehen, ist leichte und reichliche Beute zu machen. Auch Erpressungen gehörten zum Programm. Den Kindern wurde gesagt, "gebt uns euer Taschengeld, dann 'beschützen' wir euch"; gingen diese nicht darauf ein, wurden sie brutal zusammengeschlagen.

LAURENSbürger: Worin sehen Sie die Ursachen für solche Verhaltensweisen?

Toenges: Dafür gibt es mehrere Gründe. Kullen ist zu einer Zeit entstanden, als die öffentliche Hand wenig Geld hatte für soziale Investitionen. Infolgedessen wurde eng gebaut, um die Kosten niedrig zu halten, so eng, daß viele Leute sich gegenseitig in den Kochtopf gucken können. Schule, Kindergarten und Geschäfte gab es in

den ersten Jahren noch nicht, so daß die Bürger, die nach Kullen gezogen waren, das Gefühl hatten, auf eine grüne Wiese gesetzt und mit den Worten "nun lebt mal schön" dort alleingelassen worden zu sein. Dazu kommt das allgemeine Klima der Arbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit, verbunden mit hohen Konsumerwartungen und zugleich tiefen Ohnmachtsgefühlen.

LAURENSburger: Diese Punkte treffc aber sicherlich auch auf andere Neubagebiete zu, die dennoch derart gravierende Probleme nicht kennen.

Toenges: Die haben vielleicht nicht einen so attraktiven Nachbarn wie das Klinikum vor der Nase, das zweifellos eine große Versuchung darstellt. Die dort herrschende Anonymität macht es zu einem sehr beliebten Freizeitgelände. Zu Karneval beispielsweise sind die Leute einfach hingegangen und haben Arztkittel geklaut, um sich zu verkleiden - das Risiko, erwischt zu werden, konnte man damals vernachlässigen.

LAURENSbürger: Spielt die offene Lage nach Holland hin auch eine Rolle? Dort locken ja Versuchungen anderer Art...

Toenges: Sie denken an Drogen, die aber nach meiner Kenntnis nur in geringem Umfang über die Grenze gebracht wer den. Wichtiger ist die Tatsache, daß Diebesgut leicht nach Holland transportiert und dort verkauft werden kann.

LAURENSbürger: Wie beurteilen Sie die Art der Bebauung in Kullen? Schmucke Eigenheime stehen dort in unmittelbarer Nähe zu Mehrfamilienhäusern des sozialen Wohnungsbaus.

Toenges: Ich kann verstehen, daß man weder die eine noch die andere Gruppe ghettoisieren wollte, nur muß man, wenn man gemischt baut, auch Strukturen schaffen, die Verbindungsmöglichkeiten eröffnen. Das ist zunächst einmal nicht geschehen, so daß es nicht verwundert, wenn Ablehnung auf der einen und Neidgefühle auf der anderen Seite entstanden sind.

LAURENSbürger: Sind denn da nicht in erster Linie die Elternhäuser gefordert, gegen Auswüchse, die sich daraus entwikkeln, anzugehen?

Toenges: Wir haben uns gewiß nicht danach gedrängt, Jugendarbeit zu machen,

aber die Notwendigkeit war unabweisbar. Als vor knapp sechs Jahren unser kleines Gemeindezentrum, die Arche, fertiggestellt war, standen nachmittags einfach Kinder davor und fragten: "Kannst du uns ein Butterbrot schmieren?" Das waren Kinder, die den berühmten Schlüssel um den Hals hängen hatten und draußen umherstreunten. Wir haben uns daraufhin an das Arbeitsamt gewandt und im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Mitarbeiter bekommen, die sich seitdem in der Arche um die Kinder kümmern



LAURENSbürger: Sind damit Kosten für die Eltern verbunden?

Toenges: Nein, unsere Angebote sind kostenlos. Wir merkten rasch, daß eine offene Kinder- und Jugendarbeit sich am ehesten über regelmäßige Hausaufgabenhilfe und gezielten Förderunterricht verwirklichen läßt, daher wird nach der Devise erst die Pflicht, dann das Vergnügen" zulächst für die Schule gearbeitet und anschließend gespielt. Das Freizeitangebot ist breit gefächert und macht den Kindern nicht nur Spaß, sondern gibt ihnen auch das Gefühl, in einer Gruppe aufgehoben zu sein; der sozial-integrative Charakter von Spielen ist dabei ein wichtiger Gesichtspunkt für uns.

LAURENSbürger: Wann haben Sie begonnen, Ihr Angebot auch auf ältere Jugendliche auszudehnen?

Toenges: Etwa ein halbes Jahr später. Diese Jugendlichen litten natürlich gerauso unter dem Mangel an sozialen Kontakten wie die kleineren Kinder und machten mit massiven Störungen deutlich, daß sie nicht außen vor bleiben wollten. Wiederum mit Unterstützung des Arbeitsamtes und der Stadt, die uns weitere Räume zur Verfügung stellte, gelang es uns dann im Laufe der Zeit, auch eine umfassende Jugendarbeit aufzubauen. Das allerdings klappte nicht von Anfang an reibungslos...

LAURENSbürger: Woran lag das?

Toenges: Wir haben z.B. den Fehler gemacht, daß wir die Tür zu weit offen gehalten haben. Unsere Discos waren überfüllt, manche Leute - zum Teil von ganz woanders - gingen nur dorthin, um Krawall zu machen. Die Folge waren Sachbeschädigungen und Schlimmeres. Wir mußten daher unsere Vorstellungen erst einmal zurückschrauben und sind stattdessen zu einer Strategie der Einzelbetreuung übergegangen, mit dem Ziel, "positive" Gruppen, nicht Gangs, zu schaffen. Denn wir sehen unsere Aufgabe nicht nur darin, die Jugendlichen zu beschäftigen damit sie nicht aggressiv oder destruktiv werden, sondern vor allem darin, in diesem anonymen Gebiet Beziehungen herzustellen, die ihnen Halt geben können.

LAURENSbürger: Sind in dieses Programm auch die Kinder der gutsituierten Eigenheimbesitzer eingebunden?

Toenges: Die meisten von ihnen machen leider einen großen Bogen um uns. wie es auch Eltern gibt, die sagen: Jugencarbeit, na klar, ganz dringend, aber bitte nicht vor unserer Haustür. Vorerst sind wir deshalb gezwungen, zweigleisig zu fahren;

auch am Herzen liegen. Finanzielle Unterstützung - ich denke da an die Geschäftsleute oder das Klinikum - ist ebenso willkommen wie ehrenamtliche Mitarbeit. Wer sich einmal einen Ruck gegeben hat und mitmacht, mit den Kindern bastelt oder mit Jugendlichen Fußball spielt, wird sehr schnell merken, daß sein Engagement nicht nur dem Viertel, sondern in hohem Maße ihm selbst zugute kommt. LAURENSbürger: Es wäre mal was anderes, als sich vom Streß des Tages dadurch zu erholen, daß man Abend für Abend einsam vor dem Fernseher sitzt ...

Toenges: Eben! Schließlich haben auch die Erwachsenen so ihre Schwierigkeiten, wenn es darum geht, miteinander ins Gespräch zu kommen. Da ist die Verkäuferin im Geschäft oft der einzige Mensch, mit dem mal über ein Problem geredet wird. Mütter mit kleinen Kindern und auch alte Leute fühlen sich häufig sehr iscliert. Dabei brauchen die meisten eigentlich nur etwas Hilfe zur Selbsthilfe, dann kommen sie mit ihrer Situation wieder besser zurecht.

LAURENSbürger: Sie haben also auch auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt?



Pfarrer Toenges auf einer Karnevalsfeier

langfristig streben wir an, differenzierte und vielschichtige Angebote an alle Jugendlichen zu machen und sie durchlässig und offen zu halten. Auf diese Weise hoffen wir unserem Ziel der sozialen Integration näherzukommen.

LAURENSbürger: Ein großer Anspruch...
Toenges: ...den die evangelische Kirche allein auch nicht erfüllen kann. Deshalb haben wir einen Verein für Kinder- und Jugendarbeit gegründet, in dem jeder Mitglied werden kann, dem die Jugendlichen nicht nur auf die Nerven gehen, sondern

Toenges: Senioren z.B. sind herzlich will-kommen im Seniorenclub donnerstags nachmittags in der Arche. Im Jugend-Pavillon am Neuenhofer Weg finden dienstags vormittags Gespräche bei einer Tasse Kaffee statt. Der "Kullen-Spiegel" will informieren über aktuelle Ereignisse vor Ort. Manche Projekte werden sich als Eintagsfliegen erweisen, einiges aber bleibt. Zum Beispiel der sog. "Miniclub", eine Mutter-Kind-Gruppe am Mittwoch vormittag, die wir vor mehr als vier Jahren ins Leben gerufen haben und die hervorra-

gend funktioniert. Wir stellen die Küche zur Verfügung, wir haben Referenten, die Tips geben können, wenn das gewünscht wird, ansonsten organisieren die Mütter alles selbst: sie bringen mit, was gebraucht wird - Lebensmittel etwa oder Spielzeug , und gestalten den Vormittag gemeinsam nach ihren Vorstellungen. Oder unser "Internationaler Kontaktkreis" - den gibt es zwar offiziell nicht mehr, aber gerade das werten wir als Erfolg.

LAURENSbürger: Das klingt paradoxl Toenges: Nun, unsere Devise ist: initiieren und auch wieder loslassen. Das ist nicht nur sinnvoll für die Beteiligten, sondern auch für uns, denn auf diese Weise bewahren wir uns Flexibilität und sind nicht blockiert für neue Aktivitäten. Bei der Gründung des Kontaktkreises haben wir vor allem an die Ausländer hier gedacht und uns gesagt, daß nicht nur die Liebe, sondern auch die Verständigung durch den Magen geht. Also haben wir zusammen gekocht, uns gegenseitig Nationalgerichte vorgestellt, rauschende Feste gefeiert, und es war tatsächlich ebenso schmackhaft wie verbindend. Nach zwei Jahren waren so enge Beziehungen entstanden, daß diese Treffen nach und nach in die Privaträume verlegt wurden. Damit war unser Ziel erreicht; sind die Kontakte erst einmal angebahnt, können die Beteiligten sie selbständig fortentwickeln.

nem Gespräch über Gott und die Welt, aber...

Toenges: ...von Gott war bislang nicht die Rede. Dennoch: Glaube, Liebe, Hoffnung, getragen von Gottes Geist, sind für mich die Kraftquelle für meine Arbeit. Was die soziale Not angeht, so frage ich mich immer: Wäre Jesus an dieser Situation vorübergegangen? Oft gehen wir allerdings vorbei und ziehen uns zurück, vielleicht aus Bequemlichkeit, vielleicht weil wir uns abgefunden haben und selber hilflos und hoffnungslos sind. Im Supermarkt kann man vieles kaufen, aber kein Pfund Liebe oder einige Gramm Zufriedenheit, Geduld oder Geborgenheit, die andere von uns erwarten. Aus vielen Gesprächen entnehme ich eine tiefe religiöse Sehnsucht nach Anerkennung und Angenom-mensein. Unsere "Arche", die so eine Art Ankerplatz im Meer der Anonymität sein soll, konnte dort leider noch nicht so recht landen. Der Mensch lebt nun mal nicht von Brot allein. Doch läßt sich diese Frage sicher nicht im Fernsehsessel besprechen; wir laden herzlich ein zu Gesprächskreisen, zum Gottesdienst und Kindergottesdienst in die Arche. Allerdings stehen wir erst am Anfang. Vielleicht haben wir noch nicht die richtigen Formen der Kommunikation gefunden ...



Laurensberger AWO-Mitglieder fuhren an die belgische Küste

Fröhlich, wohl ein wenig müde, entstiegen die Ausflügler dem Bus. Es war alles gut gegangen, einer hatte dem anderen beigestanden, wenn es nötig war. Sie hatten Glück an diesem Tag, denn die Sonne schien beinahe rund um die Uhr.

Die schöne flandrische Stadt Brügge war Ziel des Ausfluges gewesen. Der Fischmarkt, die Grachten, die Anlage der Stadt, der Beginenhof gaben einen Einblick in vergangenes mittelalterliches Leben. Und am Nachmittag lockte die Promenade in Knokke zum Spazierengehen. Ganz Muge zogen sogar Schuhe und Strümpfe aus und wateten ins Wasser.

Einhellige Meinung zum Schluß: Wir werden bald wieder zusammen wegfahren!

Wer sich für die Arbeit interessiert, wer gern mitmachen oder dem Verein Kinder und Jugendarbeit Gut Kullen e.V. beitreten dem Verein Kinder und Jugendarbeit Gut Kullen e.V. beitreten dem Verein Kinder und Jugendarbeit Gut Kullen e.V. beitreten möchte, der möge sich bitte in Verbindung setzen mit Herrn möchte, der möge sich bitte in Verbindung setzen mit Herrn pfr. Toenges, Tel.: 7 30 48. Die Kontonummer des Vereins lauftet: 9 83 50 bei der Stadtsparkasse Aachen.



LAURENSbürger: Inzwischen honoriert auch die Stadt die soziale Pionierarbeit, die Sie und Ihre Mitarbeiter geleistet haben. Das Jugendheim, das bisher den Status einer "Kleinen Offenen Tür" hatte, wird zu Beginn des Jahres in ein Haus der "Offenen Tür" umgewandelt; damit verbunden ist eine bessere personelle und räumliche Ausstattung. Es ist also anzunehmen, daß Ihre Arbeit schon Früchte getragen hat.

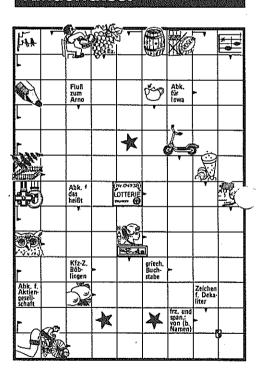
Toenges: Das ganze Klima ist sehr viel besser, menschlicher geworden. Angstbeziehungen sind weitgehend abgebaut, und von Erpressungsversuchen und dergleichen habe ich in letzter Zeit nichts mehr gehört. Auch das Umfeld hat sich beruhigt - in diesem Jahr hat es bedeutend weniger Einbrüche gegeben. Allerdings sitzt auch immer mal wieder ein "Übeltäter" hinter Gittern und kann aus diesem Grund keine Dummheiten anstellen

LAURENSbürger: Wenn man einen Pfarrer interviewt, rechnet man zwar mit eiLAURENSbürger: War es schon immer Ihr Anliegen, sich hauptsächlich der Kinderund Jugendarbeit zu widmen?

Toenges: Nein, gar nicht, es hat sich so ergeben. Ich hatte mir gewünscht, in einem Neubaugebiet zu arbeiten, denn ich finde es lohnend und spannend, an dem Aufbau und der Entwicklung eines solchen Viertels mitzuwirken. Das Ausmaß dessen, was da auf mich zukommen würde, habe ich nicht geahnt, doch bin ich ja nicht allein. Meine Frau, die nach der Geburt unseres vierten Kindes dem Schuldienst zunächst einmal adieu gesagt hat, beteiligt sich an der Gemeindearbeit, und meine Mitarbeiter sind mehr als engagiert und stellen für so manches Kind Vater- und Mutterersatz dar. Betonen möchte ich noch einmal, daß alle, die hier wohnen, mitverantwortlich sind für die Gestaltung des Viertels, das ist nicht nur Sache der Behörden oder der Kirche. Liebe Kullener, wir können nur die notwendigen Strukturen schaffen - ausfüllen müßt **Ihr** sie durch Eure lebendige Mitarbeit!

LAURENSbürger: Herr Pfarrer, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Kinderrätsel



ng...letzte meldung...le

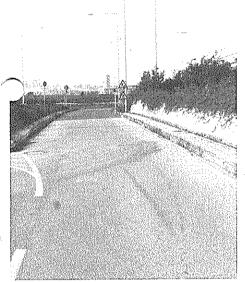
-stop- kohl und strauß trafen sich zu freund- schaftlichem gespräch -stop- beide blieben unverletzt -stop-

ng...letzte meldung...le

Der Pariser Ring (L 260) mit seinen Knotenpunkten stellt eine gigantische Verkehrsanlage dar, die wahrscheinlich den Anforderungen an die Hauptausfallstraße einer Millionenstadt zu Spitzenverkehrszeiten gerecht würde.

Um Ihnen einen Eindruck von diesem Teil des Außenrings zu vermitteln, beginnen wir mit einer Fotodokumentation dieser Verkehrsanlage, heute mit dem Kreuzungsbauwerk Pariser Ring/Seffenter Weg:

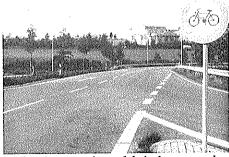
Nähert man sich der Kreuzur.g aus Richtung der Parkplätze vor den Institutsneubauten der TH,...



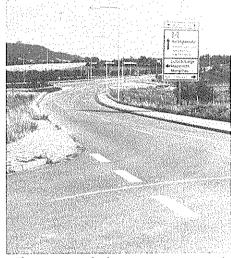
...fächert sich die zunächst einzige - und als solche absolut ausreichende - Fahrhahn



...in vier Richtungsfahrbahnen auf.



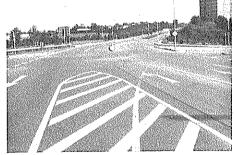
Die beiden Geradeausfahrbaknen werden jenseits der Kreuzung im Bereich der Zufahrtschleife zum Pariser Ring zu einer einzigen zusammengeführt.



Nähert man sich der Kreuzung aus Richtung der TH-Institute (Vorderseite)/Feuerwache - wer fährt hier eigentlich? -, steht auch hier ein Reichtum an Richtungsfahrbahnen zur Verfügung.



Nähert man sich der Kreuzung über den zweispurigen Seffenter Weg, verbreitert sich auch dieser zu einer Vielfalt von Richtungsfahrbahnen.



Auf der Kreuzung angelangt...



...schauen wir in Richtung Feuerwache und sehen breite Asphaltbänder in einer Wiesenlandschaft verschwinden,

Foto dokumentation



...schauen Richtung Hörn und sehen das Asphaltband in ein Wohngebiet münden,



...schauen Richtung Tunnel unter dem Güterbahnhof West und sehen die "Autobakn" Pariser Ring mit Auf- und Abfahrtschleifen,



"schauen in die entgegengesetzte Richtung (TH-Institute) und sehen schon den nächsten Knotenpunkt des hier sechsspurigen Pariser Rings, den wir Ihnen in der Ausgabe 6 des LAURENSBürger vorstellen werden.

Wie die Fotos zeigen, wurden hier breite Asphaltbänder mit einem oft chaotischen Angebot an Richtungsfahrbahnen in die Landschaft gewalzt, für die es offensichtlich keinen Bedarf gibt; denn Autos sind kaum zu sehen. Trotz dieses Reichtums an Fahrbahnbreite existieren keine Radwege, der Pariser Fing ist für Radfahrer gesperrt.

Unsere Forderung: Rückbau der überdimensionierten Verkehrsschneisen und Anlage eines Radwegnetzes, das die Vaalser Straße und Laurensberg verbindet und die TH-Institute und das Klinikum erschließt.

TH Aachen:

Ende der Philosophischen Fakultät?

Um Finanzmittel einzusparen und um die Auslastung der Hochschulen gleichmäßiger zu gestalten, sollen in unserem Bundesland einzelne Studiengänge auf bestimmte Hochschulen konzentriert wer-

Dazu wurde ein Strukturplan entwickelt, der unter anderem vorsieht, die Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende Schulen auf wenige Standorte zu konzentrieren. So soll z.B. in Aachen der Studiengang S II a (Lehrer für Sekundarstufe II, Oberstufe Gymnasium und Gesamtschule) wegfallen; es sollen nur noch Lehrer für Berufs- bzw. berufsbildende Schulen ausgebildet werden (Studiengang S II b).

Die "PhilFak" muß erhalten bleiben!

SPD-Landtagsabgeordnete Schultheis hält diese Planung aus zwei Gründen für negativ: Zum einen könnte der Wegfall der Lehramtstudiengänge auf lange Sicht ein Überflüssigwerden der Phi-losophischen Fakultät zur Folge haben (Amputierung der Hochschule), zum anderen ist gerade die Auseinandersetzung zwischen den Geistes-/Sozialwissenschaften einerseits und den Natur-/Ingenieurwissenschaften andererseits nötiger denn je und eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erstrebenswert. Diese Möglichkeit könnte gerade Aachen bieten. Deshalb will sich der Landtagsabgeordnete mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Philosophische Fakultät an der Aachener Hochschule erhalten bleibt, und zwar als eigenständiger und aus sich heraus funktionierender Fachbereich und in den vorhandenen Strukturen - auch wenn quantitative Beschränkungen hingenommen werden müssen. Aachen soll somit eigenes Profil gewinnen und keine Konkurrenz zu Bonn oder Köln bilden. So hält Karl Schultheis die RWTH Aachen für den idealen Ausbildungsstandort für Lehrer an den Kollegschulen.

Stellenstreichungen dürften erst im Zuge der zurückgehenden Studentenzahlen (frühestens Anfang der neunziger Jahre) vorgenommen werden.

Der Abgeordnete will sich für die Verwirklichung dieser Vorschläge einsetzen; die Wissenschaftsministerin hat die Bereitschaft zu ernsthaften Gesprächen signalisiert.

Gewonnen!

Den ersten Preis bei dem Silbenrätsel in unserer vorigen Ausgabe - zwei Kinokarten nach Wahl - gewann Frau E. in der Smitten, Hans-Böckler-Allee 63. Unser Foto zeigt die strahlende Gewinnerin (links) mit ihrer Freundin Inge. Die beiden sahen sich den Film "Gottes vergessene Kinder" an.



Den zweiten Preis (ein Ravensburger Spiel "Sagaland") erhielt Fräulein Anne Mesenholl, Wildbacher Mühle 89.

Beide hatten die richtige Antwort auf die Frage nach dem SPD-Bundestagskandidaten gefunden: "Helmut Huntgeburth". Da diese Aufgabe für die Leser des LAURENSBürgers doch wohl sehr einfach war, möchten wir sie diesmal ein wenig schwieriger gestalten. Nehmen Sie die Herausforderung an! Versuchen Sie, das Rätsel zu lösen und damit einen der wiederum attraktiven Preise (s.u.) zu gewinnen!

Maden fit unt Silbenrätser und fri pwinnen!!!

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik steht die Forderung: MEHR PLATZ FÜR MENSCHEN. Seit vielen Jahren hat die Aachener SPD im Rat und in der Öf- **3** fentlichkeit ihre verkehrspolitischen Vorstellungen deutlich gemacht, zuletzt 1984 in Form eines Plans. Fast alle hierin enthaltenen Vorschläge finden sich in der 1986 von der Stadtverwaltung vorgelegten Planung für das Stadtzentrum wieder.

Als Lösungswort unseres Preisrätsels suchen wir nun den Namen, unter dem dieser Stadtentwicklungsplan den Bürgern vorgestellt wird.

Bilden Sie aus den alphabetisch geordneten Silben die gesuchten Begriffe. Deren Anfangsbuchstaben in der Reihenfolge von 1 bis 17 ergeben die richtige Lösung.

Wenn Sie Ihre Lösung bis zum 16. November einsenden an die Redaktion LAURENSBürger

c/o Jutta Gebhart

Rathausstraße 3

5100 Aachen-Laurensberg,

dann haben Sie die Chance, einen der zwei folgenden Preise zu gewinnen:

1. Preis: Einkaufsgutschein über 50,- DM im Dritte Welt Laden 🐠 🗲

2. Preis: Zwei Kinokarten für einen Film nach eigener Wahl

SILBEN

a - aa - ba - bo - busch - ca - che - chen - cher - ci - de - der - di - die - dig - dus - eu - eu - ge - gesgu - hof - in - karls - keit - kel - ken - lan - ler - lers - mün - nen - ner - ni - ni - nie - ning - ors - pa preis - ra - ra - rek - ri - ri - ring - ro - schin - schwin - schü - sen - ser - streik - teich - ter - to toen - trat - troc - ty - um - win - zel - zo

Gesuchte Begriffe

1. Asiatischer Fluß, Bestandte l des Titels der Ausstellung, die bis Anfang September im Krönungssaal des Rathauses gezeigt wurde.

2. Jüngste Patenstadt Aacher's im Fernen Osten.

3. Schadstoff, der mit Stickstoffdünger oder Jauche ins Grundwasser und von dort ins Trinkwasser gelangt.

4. Alter Gutshof in der Soers, der dem Gefängnisneubau weichen muß.

5. Königreich, mit dem Aachen eine gemeinsame Grenze hat.

6. Protestaktion von Schülern gegen die von einigen Kultusministern geplante Verschärfung des Abiturs.

7. Besondere Wiesenvegetation nahe den "Sieben Quellen", die charakteristisch ist für

den dort anstehenden wasserdurchlässigen Kalkboden.

8. Versicherungskonzern, der für ein Neubauvorhaben auf dem Gelände des Alten Klinikums 45 dicke Bäume fällen ließ. Als Dank dafür wurde eine Allee nach ihm benannt. (zwei Wörter).

9. SPD-Europaabgeordneter aus Aachen (Vor- und Zuname).

10. Straße in Laurensberg und gleichnamige AVV-Haltestelle der Buslinien 27, 37 und

11. Aachener Honoratiorengremium, das die Vertreter der SPD und der Grünen aus Protest gegen eine Preisverleihung verlassen haben.

12. Waldgebiet in Laurensberg, das Gegenstand widerstrebender Bürgerinteressen ist

(zwei Wörter).

13. Land, in dem die Stadt Rama liegt. Deren Bürgermeister weigerte sich, bei seinem Aufenthalt in Aachen die CDU zu empfangen.

14. Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten in Verbindung mit "rechts vor

links"-Regelung. 15. Schnellzug, mit dem man in viereinhalb Stunden von Aachen nach Paris kommt.

16. Name der autobahnähnlich ausgebauten L 260 (zwei Wörter).

17. Interviewpartner in diesem LAURENSBürger.

Wie halten Sie's mit der Landeselternschaft?

Das neue Schuljahr hat begonnen, Elternabende haben stattgefunden. Falls Sie Ihr(e) Kind(er) zum Gymnasium schicken, ist auf diesen Versammlungen wahrscheinlich auch für die Landeselternschaft gesammelt worden. Sie haben Ihren Obulus entrichtet, vielleicht, wie manch anderer, in der Annahme, daß es sich um einen Pflichtbeitrag handelt: Klassenpflegschaft · Schulpflegschaft · Landeselternschaft, sind das nicht die gesetzlichen Schulmitwirkungsorgane? Nein, die "Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V." gehört hier nicht hin, sie ist ein auf Landesebene privatrechtlich organisierter Verein, dem Eltern nicht dadurch, daß sie sich für das Gymnasium entschieden haben, automatisch angehören, dem sie als ordentliches Mitglied nicht einmal angehören können.

Was will die Landeselternschaft?

Laut Satzung parteipolitisch und konfessionell neutral, wird als Zweck des Vereins unter anderem bezeichnet:

• "Weckung und Förderung des Verständnisses der Eltern für alle Fragen der Erziehung und des Unterrichts an Gymnasien..."

•"Anregung und Vertiefung der Arbeit in den Schulpflegschaften..."

"Unterstützung der Eltern bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte auf Mitwirkung im Schulwesen..."

Was will sie wirklich?

Gegen diese lobenswerte Aufgabenstellung der Landeselternschaft hat sicher niemand etwas einzuwenden. Liest man aber das vierteljährlich erscheinende Mitteilungsblatt und verfolgt ihre Stellungnahmen, soweit sie in den Medien publiziert werden, erkennt man schnell, daß sie einseitig eine ganz bestimmte, nämlich konversative Schulpolitik verficht:

 Sie bekämpft erbittert die Gesamtschule und die Kollegschule.

Sie beteiligte sich an der "Bürgeraktion

Schule", deren Unterschriftensammlung - rein zufällig vor der letzten Bundestagswahl gelegen - doch sehr nach Wahlkampfunterstützung für die Konservativen schmeckte.

• Sie wendet sich aber nicht nur gegen neue Schulformen, sondern auch gegen Lehrinhalte, wenn sie z.B. den Entwurf vor Richtlinien für den Politik-Unterricht kritisiert, da "...ausschließlich auf dem sehr negativ besetzten Sprach- und Gedankengut der Frankfurter Schule aufgebaut wird", da "etliche Formulierungen zu sehr auf kritisches Prüfen abheben", da "zuviel von Rechten statt von Pflichten gesprochen wird", da "ein Politik-Unterricht zu befürchten ist, der allein auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielt".

Gewiß ist es jedermanns Recht, diese Ansichten zu vertreten, gewiß möchte die SPD nicht die Meinung Andersdenkender unterdrücken oder die Arbeit der Landeselternschaft unterbinden.

Pflichtbeitrag?

Fragwürdig ist allerdings, wenn auf Elternabenden für die Landeselternschaft gesammelt wird, als ob es sich um einen Pflichtbeitrag handeln würde; denn die Allgemeine Schulordnung sagt, daß derartige Zahlungen freiwillig sind, daß auf die Freiwilligkeit hingewiesen werden muß, und daß die Sammlungen anonym (also z.B. ohne Eintragung in eine Namensliste) zu erfolgen haben.

Wichtig in diesem Zusammenhang scheint uns ein Hinweis auf die satzungsmäßige Regelung der Mitgliedschaft in der Landeselternschaft: Ordentliches Mitglied kann in der Regel nur der Vorsitzende der Schulpflegschaft werden, wenn diese das mehrheitlich gewünscht hat. Dessen Mitgliedsbeitrag bemißt sich nach der Anzahl der Schüler der jeweiligen Schule. Eltern erwerben also, auch wenn sie sich am Beitragsaufkommen beteiligen, keine persönliche Mitgliedschaft, ebensowenig wie die Schulpflegschaft oder ein Gymnasium Mitglied sein könner. Andererseits verpflichtet die Mitgliedschaft des Schulpflegschaftsvorsitzenden die Eltern nicht zu Zahlungen.

Sind sich in Schulfragen alle einig?
Fragwürdig ist ebenfalls, wenn die Landeselternschaft als satzungsmäßigen Zweck nennt: "Vertretung der Auftassunger der Eltern in Fragen der Erziehung und des Unterrichts..."; denn es gibt doch wonl kaum ein gesellschaftliches Gebiet, auf dem so heftig und kontrovers diskutiert wird, wie in Fragen der Erziehung und des Unterrichts. Die von der Landeselternschaft vertretenen Auffassungen sind durch keinen Meinungsfindungsprozeß demokratisch legitimiert. Ihre Ansicht, daß, wer sich für das Gymnasium entscheidet, automatisch für die Landeselternschaft sein müsse, ist absurd.

Parteikader in der Schule?

Fragwürdig ist schließlich, wenn Elternvertreter, die der SPD angehören, von der Landeselternschaft als Parteikader in den Klassen- und Schulpflegschaften bezeichnet werden, und ihnen Denunziantentum auf Anweisung des Kultusministers vorgeworfen wird; denn das würde bedeuten, daß sich Eltern, die einer politischen Partei angehören, in schulischen Mitwirkungsorganen nicht engagieren dürften: Aktiver Einsatz für unsere Demokratie würde mit dem Zwang zur Enthaltsamkeit bei der Schulmitwirkung bestraft.

keit bei der Schulmitwirkung bestraft. Interessant ist, daß die Landeselternschaft in demselben Mitteilungsblatt, in dem sie sich über das angebliche Denunziantentum von SPD-Mitgliedern bestürzt zeigt, in einem Appell an die Wachsamkeit der Eltern davor warnt, verkappte Gesamtschulbefürworter zu Schulpflegschaftsvorsitzenden an Gymnasien zu wählen: keine Aufforderung zum Denunziantentum?

Faschistische Methoden?

Offensichtlich ist die Mitgliederzahl in der Landeselternschaft rückläufig: Während sie 1984 noch von 90% der Gymnasien spricht, die in ihr vertreten werden, sind dies 1986 nur noch 70%. Wie anders ließe sich der polemische Ausfall des stellvertretenden Vorsitzenden gegen Kritiker der Landeselternschaft erklären, der im Mitteilungsblatt 133 (März 1987) abgedruckt wurde, und den wir Ihnen - zumindest auszugsweise - nicht vorenthalten wollen: "Wenn in letzter Zeit vermehrt Einzeleltern, Ratsmitglieder... gegen den Willen der großen Mehrheit der Elternschaft der Gymnasien durch juristische Spitzfindigkeiten, Anfragen und Beschwerden Unfrieden und Verunsicherung in diesen ... Sammlungsfragen in die Schulen bringen, dann steht dahinter ... der Versuch, der Landeselternschaft aus politischen Gründen Schaden zuzufügen. Derartige Versuche müssen offen als das bekämpft werden, was sie sind: eine Verletzung des Unparteilichkeitsgebots der Schule unter Anwendung faschistischer Methoden der Verunsicherung, Bedrohung und Erpressung."





24.10.87 Feuerwehrball Löschzug Laurensberg (Sandhäuschen)
 31.01.88 Karnevalssitzung KG Vaalserquartier (Turnhalle Vaalserquartier)

Einsendeschluß Silbenpreisrätsel: Montag, 16. November 87.

AIDS-Test am Klinikum Aachen

An der TH Aachen werden bei allen Personen, die im medizinischen Bereich arbeiten oder arbeiten wollen, AIDS-Tests durchgeführt. Dies wird damit begründet, daß Patienten und medizinisches Personal vor Ansteckungen geschützt werden müssen. Der SPD-Abgeordnete Karl Schultheis richtete in diesem Zusammenhang fünf Fragen an die Landesregierung:

 Sind die Untersuchten davon unterrichtet, daß an ihnen ein AIDS-Test vorgenommen wird?

2. Auf welcher rechtlichen Grundlage werden solche Tests durchgeführt?

3. Entstehen denjenigen, die sich diesem Test nicht unterziehen wollen, Nachteile hinsichtlich ihrer Einstellungsaussichten?

4. Gibt es einheitliche Richtlinien für AIDS-Tests an allen Universitätskliniken des Landes Nordrhein-Westfalen?

Auf welchem Wege wird der Anspruch auf Datenschutz für die Untersuchten gewährleistet?

Wissenschaftsministerin Anke Brunn beantwortete seine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Innenminister wie folgt: Zu den Fragen 1 - 3:

Die Untersuchten werden durch den Hochschularzt über die Durchführung des Tests unterrichtet. Der Test erfolgt nur, wenn der Betroffene vorher zustimmt. Bisher ist kein Fall bekanntgeworden, in dem der Test abgelehnt worden ist; Nachteile sind daher nicht bekannt.

Zu Frage 4:

Die Frage, ob und ggfs. welche Richtlinien den Universitätskliniken für AIDS-Tests gegeben werden sollen, ist zur Zeit Gegenstand von Überlegungen innerhalb der Landesregierung.

Zu Frage 5:

Das Untersuchungsmaterial wird durch den Hochschularzt verschlüsselt zur Untersuchung weitergegeben. Die Rücksendung erfolgt unter Angabe des Zahlenschlüssels "vertraulich" an den leitenden Hochschularzt persönlich.

Im Fall eines positiven, abgesicherten Befundes würde der Verwaltung lediglich mitgeteilt, daß eine Einstellung nicht empfohlen werden kann. Diese Formulierung ließe einen eindeutigen Rückschluß auf eine AIDS-Ansteckung nicht zu, da sie auch bei anderen gesundheitlichen Einschränkungen so verwandt wird.

Sprechstunden

🛶 Übrigens:

Bürgermeisterbüro Dr. Jürgen Linden Katschhof, Zi. 100: mo. - fr. von 14 - 16 Uhr Sprechstunden.

Im Rat der Stadt: di. von 10 - 12 Uhr Sprechstunden im SPD-Fraktionsbüro, Verwaltungsgebäude Katschhof, Zi. 100.

Bürgerbüro Schinzel, Klappergasse: mo. von 10 - 13 Uhr Sprechstunden mit Dieter Schinzel; täglich von 14 - 17 Uhr mit Hildgarde Lisse, Tel. 2 21 80 und 3 93 93.

Landtagsbüro, Bahnhofstraße 23, Tel. 3 3173: mo. + di. von 9 - 15 Uhr; do. von 8 - 17 Uhr; fr. von 10 - 12 Uhr (Sprechstunde Schultheis); mo. von 15 - 17 Uhr (Sprechstunde Schultheis im Büro, Klappergasse).

Abgeordnetenbüro Hans Alt-Küpers, Stephanstraße 8 - Tel. 2 69 13: mo. - mi. von 9 - 13 Uhr, do. von 15 - 19 Uhr, fr. von 9 - 13 ist das Büro geöffnet. Die Sprechstunden des Landtagsabgeordneten sind mo. + fr. von 9 - 13.

Umweltbūro: Stephanstraße 8: Sprechstunden mo. von 9 - 13 Uhr und von 17 - 19, do. von 15 - 19 Uhr.

Zur Zeit ist in den Räumen des Bürgermeisterbüros eine interessante Fotoausstellung zu sehen; Susanne Staets und Andreas Herrmann zeigen dort ihre Arbeiten. Schauen Sie doch mal rein!

Öffnungszeiten: montags bis freitags 8.30 - 15 Uhr, Anmeldung in Raum 100

Impressum Herausgeber:

SPD-Ortsverein Laurensberg

Redaktion:

Jürgen Bartholomy, Helga Efes, Jutta Gebhart (verantwortlich), Inge Kerschgens, Ingrid Rinke, Renate Schäfer, Uli Waldmann, Lilo Weindl, Heiner Wimmershoff

Redaktionsanschrift: Laurensbürger c/o Jutta Gebhart

Rathausstraße 3 5100 Aachen Telefon: 17 13 99

Satz und Druck: Hunko Druck-Repro

Bendelstraße 7 - Tel. 3 97 11

Auflage: 4 500